

Simonis, Udo E.

Article

Mülldeponie der Ersten Welt: ökonomische und ökologische Interessen von Nord und Süd

Evangelische Kommentare: Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1986) : Mülldeponie der Ersten Welt: ökonomische und ökologische Interessen von Nord und Süd, Evangelische Kommentare: Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft, ISSN 0300-4236, Kreuz-Verlag, Stuttgart, Vol. 19, Iss. 2, pp. 75-77

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112063>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Ernst Simonis

Mülldeponie der Ersten Welt

Ökonomische und ökologische Interessen von Nord und Süd

Im letzten Jahrzehnt haben die Begriffe, mit denen das Spannungsverhältnis von Nord und Süd beschrieben werden soll, vielfach gewechselt, aber nicht an Deutlichkeit verloren: »Nur diese eine Erde«, »Global 2000«, »Raumschiff Erde«, »Retungsboot«. Diese Buchtitel verdeutlichen, daß es für Nord und Süd um mehr geht als um internationale wirtschaftliche Arbeitsteilung: um den Übergang von der Zusammenarbeit zu einem bestimmten Zweck zu der Einsicht, zur Zusammenarbeit gezwungen zu sein.

Der Zweite Bericht der Brandt-Kommission (1983) identifiziert die Forderung, den weiteren Rückgang der Umweltqualität aufzuhalten, als eine der »gemeinsamen Interessen« von Nord und Süd: »Wachsender Druck auf das verfügbare Land, zunehmender Einsatz von Chemikalien, Wüstenausbreitung und Entwaldung vermindern die Produktivität des Bodens in vielen Teilen der Welt. Die Abholzung, unvorsichtiger Gebrauch von Chemikalien und Düngemitteln und die Bodenerosion zerstören die Böden und das landwirtschaftliche Potential knappen Landes und verursachen ernste Schäden an der Umwelt ... Wir unterstreichen (daher) den Bedarf an Mitteln, mit deren Hilfe diese Prozesse des ökologischen Verfalls gestoppt und umgekehrt werden müssen, die inzwischen das Ausmaß des Notstandes erreicht haben«.

Auch andere Berichte aus jüngster Zeit zeugen von einem gestiegenen Bewußtsein über die Interdependenz von Ökologie und Ökonomie und haben dazu beigetragen, die zwei Seiten dieser Interdependenz deutlich zu machen: Einerseits gibt es Bereiche, die Vorteile für alle aus internationaler Kooperation bringen können; andererseits gibt es Nachteile für alle, wenn eine verbesserte Kooperation nicht zustande kommt.

Etwa 25000 Pflanzenarten und mehr als tausend Tierarten gelten als vom Aussterben bedroht; eine von zehn Arten könnte im Laufe dieses und des nächsten Jahrzehnts aussterben. Ein Aussterben in diesem Umfang wäre ohne Beispiel in der Menschheitsgeschichte. Etwa zwei Drittel aller und die Mehrzahl der gefährdeten Arten finden sich in den Entwicklungsländern; die Tropenwälder beheimaten allein etwa vierzig Prozent aller Arten. Diese Zahlen machen bereits deutlich, welche unmittelbaren Gefahren für den quantitativen Gesamtbestand an

Tier- und Pflanzenarten der Welt sich aus einem armutsbedingten Abbau und einem interessenbedingten Raubbau, das heißt, der übermäßigen Nutzung der natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern ergeben können. Ein Verlust an Arten der genannten Größenordnung in Entwicklungsländern hätte aber auch andere weltweite Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie, auf die Gesundheit und die Lebensqualität im allgemeinen.

Aus dem quantitativen Verlust an vorhandenen Arten ergeben sich auch Beeinträchtigungen der Qualität der verbleibenden. So haben beispielsweise viele wichtige Nutzpflanzen in den Industrieländern eine nur beschränkte genetische Basis. Ihr Verlust in Entwicklungsländern reduziert entsprechend die Möglichkeiten der Stabilisierung oder Zunahme der Ertragsfähigkeit der Nutzpflanzen in den Industrieländern.

Überlebenslogik des Alltags

Viele medizinische und pharmazeutische Produkte in Industrieländern beruhen direkt oder indirekt auf der Artenvielfalt in den Entwicklungsländern. So werden etwa rund vierzig Prozent der verwendeten Heilmittel ganz oder teilweise aus natürlichen Produkten gewonnen, die wiederum zum großen Teil aus Entwicklungsländern stammen. Auch das Innovationspotential – und damit die ökonomische Zukunft – der Bio-Technologie ist auf genetische Reserven aus Entwicklungsländern angewiesen. Das wissenschaftliche und technische *Know-how* zur (sinnvollen) Nutzung der Artenvielfalt aber liegt bisher im wesentlichen in den Industrieländern.

Trotz dieser offensichtlichen Beziehungen zwischen Ökologie und Ökonomie schreitet der endgültige Verlust an Arten weltweit weiter voran. In den Entwicklungsländern selbst fehlt es nicht allein an Wissen und *Know-how*; es fehlt auch an ökonomisch realisierbaren Alternativen – und es fehlt vor allem an Anreizen zum Schutz der Arten. Die Entwicklungsländer haben offensichtlich wenig ökonomische Vorteile, die aus der Nutzung ihrer Artenvielfalt in den oder durch die Industrieländer entstehen.

Hieraus resultiert sogar ein geringes Interesse der Entwicklungsländer am langfristigen Artenschutz.

Aus der Überlebenslogik des Alltags bricht daher die Kette zwischen ökonomisch sinnvoller Nutzung und Garantie der ökologischen Nachhaltigkeit ab. Einmal genutzt oder exportiert ist der Wert der natürlichen Ressourcen dahin. Dies aber erhöht und mindert nicht die Verantwortung der Industrieländer für die Harmonisierung von Ökologie und Ökonomie in Entwicklungsländern.

Viele Experten sind inzwischen der Auffassung, daß die tropischen Wälder in einem Ausmaß und einer Art und Weise ausgebeutet werden, die ökologisch und ökonomisch nicht aufrechterhalten werden können (sollen). Die Schätzungen über die Abnahme der Waldbestände sind unterschiedlich, aber deutlich: Ein auch von den Vereinten Nationen finanziertes Forschungsprojekt kommt zu einer Größenordnung von 14 Prozent bis zum Jahre 2000 oder 7,6 Millionen Hektar jährlich – allein für Umnutzung tropischer Wälder. Studien, welche die Bodenverschlechterung einschließen, kommen auf eine Größenordnung, die annähernd das Dreifache dieser Zahlen belegt. Demgegenüber macht die Wiederaufforstung zur Zeit nur etwa zehn Prozent der Flächen aus, die abgeholzt werden.

Betriebswirtschaftlich gesehen erfolgen diese Aktivitäten, um kurzfristige Verbesserungen der Ertragslage und volkswirtschaftlich, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Stabilisierung der Zahlungsbilanz zu erzielen. Weltwirtschaftlich gesehen entspricht dem Süd-Nord-Transfer an Natur-Kapital ein bestimmter Transfer an Geld-Kapital. Die endgültige Verteilung des durch die Nutzung der Natur entstehenden Einkommens mag offen sein, aber der Verlust an Naturbeständen ist definitiv. Niemand hat bisher die Bedeutung dieser ökologischen Verluste in ihrer langfristigen Wirkung auf die ökonomische Ertragslage oder Wachstumschancen überzeugend ermittelt.

Holz und Wälder

Die Ausformungen der Entwaldungsprozesse differieren von Region zu Region und Land zu Land erheblich: Schaffung von Siedlungsfläche, Umwandlung in Weideland und sonstige landwirtschaftliche Nutzung, Brennholzverwendung, Holzkohleherstellung, Export von Hölzern für industrielle Zwecke sind in ihrer jeweiligen Bedeutung unterschiedlich. Weltweit betrachtet hat man das Verhältnis des Holzeinschlages in tropischen Wäldern, der auf Brennholz und Holzkohleherstellung einerseits und industrielle Verwendung andererseits entfällt, auf vier zu eins geschätzt.

Schätzungen dieser Art sind strittig und zeitlich nicht fixiert. Unstrittig ist allerdings, daß der Energiebedarf eine wesentliche Einzelursache für die zunehmende Entwaldung in Entwicklungsländern ist und daß er wiederum stark davon beeinträchtigt wird: Es gibt lokal akute und national zunehmende

Knappheit an Brennholz in vielen Ländern Asiens und Afrikas. Hieraus entstehen wiederum aufgrund der ökologischen Systemzusammenhänge vielfältige und schwerwiegende Folgen.

Aus kurzfristigen ökonomischen Entscheidungen können also weitreichende ökologische Effekte entstehen: Erosion, Überflutung, Klimaänderung, Versalzung von Bewässerungssystemen und hydroelektrischen Anlagen – woraus letztlich wiederum die Gefährdung der Exportfähigkeit von Rohstoffen resultiert. Nach Schätzungen der UNO könnten die Waldreserven in Malaysia und den Philippinen in etwa zehn Jahren weitgehend erschöpft und bei weiter anhaltend starker Ausbeutung in Thailand in etwa 25 Jahren völlig abgeholzt sein.

Über nationale Grenzen hinweg

Angesichts solcher Tendenzen werden lokale und nationale Praktiken der Holzgewinnung und Waldrodung zu globalen Problemen und die Wiederentdeckung eines einfachen traditionellen und ökologischen Prinzips der Holzwirtschaft auf weltweiter Ebene notwendig: »Nicht mehr Holz einzuschlagen als nachwächst!« So einfach die Anwendung dieses Prinzips unter normalen ökonomischen Bedingungen erscheint, so schwierig wird sie, wenn diese Bedingungen gestört sind. In vielen Entwicklungsländern reduziert kurzfristige Entscheidungsnot die langfristige Entscheidungsfähigkeit.

Die verstärkte Nutzung des Waldes etwa für die kurzfristige Sicherung des Energiebedarfs gefährdet langfristig das Überleben im Rahmen der lokalen Ressourcenbasis. Und die Abholzung des Waldes für verstärkten Holzexport aus Gründen der kurzfristigen Stabilisierung der Handelsbilanz gefährdet langfristig eben diese Exportfähigkeit des Landes.

Das Beispiel der rapiden Abholzung der tropischen Wälder der Entwicklungsländer macht einen anderen Zusammenhang deutlich: Die Summe der Umweltschutzmaßnahmen in einzelnen Ländern ist kein hinreichender Ansatz zur Lösung der Umweltprobleme im Weltmaßstab. Nationale Umweltpolitik allein (etwa der Schutz des Waldes in den Industrieländern oder die Reduzierung des Waldsterbens in der Bundesrepublik) genügt nicht. Das Umweltthema muß ein Thema der Außen- und der Entwicklungspolitik werden. Der Erfolg (oder Mißerfolg) der Umweltpolitik ist nicht innerhalb nationaler Grenzen meßbar, weil die meisten Umweltprobleme nicht an der Grenze halt machen.

Die Umweltbedingungen in den Entwicklungsländern und den Industrieländern hängen über eine weitere ökonomische Kette unmittelbar miteinander zusammen: Der Verlust an Bodenfruchtbarkeit aufgrund ökologischer Schädigungen in Entwicklungsländern erhöht bei weltweit weiter steigendem Bedarf durch die Bevölkerungszunahme die Nah-

rungsmittelproduktion in den Industrieländern und führt dort auf marginalen Böden zu Bodenerosion oder fördert über die weitere Chemisierung der Landwirtschaft die Gefahr der zunehmenden Belastung von Boden und Wasser – und damit letztlich des Menschen.

Im letzten Jahrzehnt stammte insgesamt fast die Hälfte aller industriellen und industrienahen Investitionen in der Dritten Welt nicht aus den Entwicklungsländern selbst, sondern waren im wesentlichen über multinationale Unternehmen vermittelt. Ein großer Teil dieser ausländischen Direktinvestitionen bezog sich auf die Nutzung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen, wie Brennstoffe, Mineralien, Holz, Fisch, deren Endverbrauch jedoch wiederum zum Großteil in den Industrieländern erfolgt.

Neuere Studien haben die Tendenz aufgezeigt, bestimmte Industrien in verstärktem Maße in Entwicklungsländern anzusiedeln. Diese Tendenz ist besonders deutlich bei einigen traditionellen industriellen Großverschmutzern, wie Stahl, Aluminium, Asbest, toxische Chemikalien. Trotzdem scheinen die Unterschiede in den Umweltstandards und -schutzbestimmungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im allgemeinen nicht der entscheidende Faktor der Standortentscheidung gewesen zu sein: Art der Ressourcen, Größe des Binnenmarktes, Lohn-, Energie- und Transportkosten sind mit im Spiel und in ihrer Gewichtung bedeutsamer.

Handelsvorteil durch weniger Umweltschutz?

Gleichzeitig aber fällt auf, daß die Entwicklungsländer dem industriellen Umweltschutz dennoch keine hohe Priorität beigemessen haben, wenn über Vereinbarungen für multinationale Unternehmen verhandelt wurde: Steuern, Devisenkontrolle, Beschäftigungsgarantien und Technologietransfer waren stets bedeutsamere Themen. Als Konsequenz ergibt sich, daß Vereinbarungen zwischen Entwicklungsländern und multinationalen Unternehmen entweder keine oder nur begrenzte Hinweise und Bestimmungen zum Umweltschutz enthalten.

Nach einer Studie über 21 entsprechende Vereinbarungen über Bergbau sahen neun überhaupt keine, zwölf dagegen nur ganz allgemeine Vorkehrungen gegen Umweltprobleme vor. Keine der Vereinbarungen enthielt das, was man als ein komplettes Set von Umweltbestimmungen bezeichnen würde. Bisher hat es keinen nennenswerten Druck von seiten der Entwicklungsländer auf die Industrieländer und multinationale Unternehmen gegeben, den gegebenenfalls vorhandenen Handelsvorteil niedriger Umweltstandards zu ihren Gunsten zu ändern, wie groß immer dieser im konkreten Fall sein mag.

Dennoch besteht ein Handlungsbedarf in bezug auf eine Harmonisierung der Umweltstandards – und zwar nicht nur im regionalen Bereich (etwa der

Abgaskatalysator in Westeuropa), im West-Ost-Zusammenhang (wie die transnationale Luftverschmutzung), sondern auch im Nord-Süd-Kontext. Insbesondere besteht für die Entwicklungsländer ein zeitlich zunehmendes Risiko darin, wegen niedriger Umweltstandards bei der Produktion Absatzchancen ihrer Produkte in Industrieländern zu verlieren oder erst gar nicht zu erhalten, beispielsweise: Importbeschränkung wegen Pestizidrückständen in Nahrungsmitteln.

Da bei einer effektiver werdenden nationalen Umweltpolitik im Import von Umweltproblemen

Am Rückgang der Artenvielfalt und der tropischen Wälder sowie der Standortwahl für Industrieanlagen in Entwicklungsländern weist Professor Dr. Udo E. Simonis, Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft in Berlin, nach, daß Verbesserungen der Umweltschutzmaßnahmen dort im ökonomischen und ökologischen Interesse des reichen Nordens liegen müßten.

aus dem Ausland zugleich das tendenziell zunehmende Risiko der Industrieländer liegt – etwa der Re-Import des verbotenen DDT über den Import von Nahrungsmitteln –, wird die Notwendigkeit der stärkeren Beachtung von Umweltschutzbestimmungen in Entwicklungsländern auch aus diesen Gründen zunehmen.

Der Bericht von UN-Organisationen über den Zusammenhang von Ressourcen, Umwelt und Außenhandel macht dazu folgende Vorschläge: Die Regierungen ressourcenreicher Entwicklungsländer sollten alsbald eine Umweltgesetzgebung initiieren. Umweltschutzgesichtspunkte sollten in allen zu vereinbarenden Verträgen über den Abbau natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern eine größere Beachtung finden. Und: Die Besteuerung des Ressourcenabbaus sowie des Ressourcenexports sollte verbessert werden, damit aus deren Aufkommen die Behandlung vorhandener oder entstehender Umweltprobleme finanziert werden könnte.

Aus diesen Überlegungen und Vorschlägen ergibt sich nicht, daß die Umweltstandards und -schutzbestimmungen in Industrie- und Entwicklungsländern vollständig identisch sein müssen. Es gibt ganz sicherlich einen *trade-off* zwischen Umweltschutz und Einkommenszunahme. Das heißt, daß in armen Ländern die Notwendigkeit zur Steigerung des Einkommens mit der Notwendigkeit zum Schutz der natürlichen Ressourcen stärker konkurriert, als das in Industrieländern der Fall ist. Es heißt aber nicht, daß die Entwicklungsländer auf Umweltschutz verzichten oder ihre natürlichen Ressourcen in der Zukunft im selben Maße und in gleicher Weise ausbeuten (lassen) dürfen, wie dies in der Vergangenheit der Fall war.